

3.9 Öko-Betriebe

Landwirtschaftliche Höfe, Schreinereien, ArchitektInnen, Druckereien, Läden, Tagungshäuser und vieles mehr sind ein wesentlicher Bestandteil der Umweltbewegung und oft ohne sie nicht denkbar. Dank ihrer finanziellen Möglichkeiten prägen sie die Öffentlichkeitsarbeit erheblich.¹ Auf der anderen Seite führt das Ziel, betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein, zu einer "Marktorientierung", d.h. der Betrieb verhält sich so, daß er auf dem Markt von Angebot und Nachfrage zu Erfolgen kommt. Die Angebotspalette (Produkte oder Dienstleistungen) muß also vor allem absetzbar sein. Die ökologische und politische Ausrichtung hat demgegenüber zurückzustehen. Optimalfall ist die Kombination, im Zweifelsfall wird aber niemand etwas anbieten, was niemand oder nur zahlungsschwache KundInnen haben wollen – auch wenn es noch so ökologisch sinnvoll ist.

Die Anfänge

Ein Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen besteht schon seit langem. Ende des letzten Jahrhunderts entstand die Gesundheitsbewegung (Reformhäuser usw.), ohne allerdings umfassend auf ökologischen Anbau, Verpackungen usw. zu achten. Der biologisch-dynamische Anbau besteht ebenfalls schon seit vielen Jahrzehnten. Aufschwung erhielt die Nachfrage nach ökologischen Produkten aber erst mit der entstehenden Umwelt-Massenbewegung der 70er Jahre. Allerdings war der ökologische Anteil am Markt noch sehr klein, die ökologisch ausgerichteten Betriebe waren eher Experimente anderer Wirtschaftsformen und zum Teil eingebettet in alternative Lebensgemeinschaften (Kommunen) oder Projekte (ASTA, Umweltzentren usw.). Meist sprachen die kleinen Läden, Betriebsgebäude oder die Produkte auch nur den Teil der Gesellschaft an, der ohnehin zur Umweltbewegung gehörte.² Damit ließ sich aber kein großer Umsatz machen. Ökologische Betriebsführung war gleichbedeutend mit Selbstausschöpfung: Viel Arbeit bei wenig Ertrag. Die Überzeugung, das Richtige zu tun, war Ansporn für die Arbeit. Entsprechend war auch die sonstige Ausrichtung der Betriebe: Für viele waren die politischen Werte das Entscheidende: Kollektive, Beteiligung an politischen Aktionen bis zur Verweigerung der Auftragsannahme von politischen "GegnerInnen".

Konsolidierung und Zielgruppenwechsel

Auch die weitere Geschichte der Öko-Betriebe entspricht dem Verlauf der gesamten Umweltbewegung. Anfang und Mitte der 80er Jahre setzte eine tiefe Enttäuschung ein, daß politische Zielsetzungen allein nicht ausreichen würden, um die Ziele zu erreichen. Die bisher politisch begründete Selbstausschöpfung wurde immer mehr spürbar und lästig. Acht, zehn oder noch mehr Stunden teilweise harter Arbeit in alternativen Druckereien, Schreinereien usw. schlauchten, zerstören Beziehungen und Gemeinschaften oder schufen zumindest die klassische Familiensituation: EineR arbeitet, eineR macht den Haushalt (wobei sich die klassischen Geschlechterrollen in alternativen Bereichen manchmal umkehrten, was aber das Problem nicht löste).

Gleichzeitig veränderte sich auch die Umweltbewegung selbst. Aus den kämpferischen BI- und Basisgruppenmitgliedern wurden gut bezahlte LehrerInnen, WissenschaftlerInnen, PlanerInnen und viele BeamterInnen in Verwaltungen und Regierungen. Das schuf Kaufkraft, ökologische Produkte waren gefragt und konnten teuer sein – das Geld war ja da. Doch die soziale Orientierung dieser der Umweltbewegung entstammenden KundInnen wechselte vom alternativ-chaotischen in ein gediegenes Umfeld. Und darauf stellten sich auch viele Betriebe ein, Neugründungen wurden gleich so ausgerichtet. Bioläden veränderten sich aus dunklem Öko-Look in helle, großzügige Räume, Stück für Stück wurde das Angebot vom Grundbedarf auf weitere Produkte ausgedehnt: Teure Lebens- und Genußmittel oder Kosmetika. Der KundInnenstamm veränderte sich von eher mittellosen StudentInnen und den klassischen "Ökos" zu DoppelverdienerInnen oder jungen Familien mit hoher Kaufkraft. Schreinereien konnten ihre ökologisch produzierten Möbel zu Preisen loswerden, von denen sie vorher nur träumen konnten. Umweltgruppen oder Umweltzentren wechselten vom grauen, einfarbig bedruckten Papier zu farbigen Broschüren und Zeitungen ... und die Druckereien zogen mit. Alternative Tagungshäuser hoben ihren Standard von Gruppenunterkünften zu Zwei-Bett-Zimmern mit Dusche oder in ähnliche Kategorien. Das linke BürgerInnenentum³ zahlte. In den 70er und vor allem 80er Jahren wuchsen zudem die staatlichen Zuschüsse für Tagungshäuser und für die Bildungsarbeit selbst massiv an. Seminare und Bildungsurlaube scheitern kaum noch an Geldfragen, eher wurde es für geförderte Gruppen zum "Sport", mit gefälschten Eintragungen auf TeilnehmerInnenlisten oder ReferentInnenquittungen die üppig vorhandenen Förderungen auch auszunutzen und davon das Tagungshaus oder zusätzliche hauptamtliche Stellen bei den SeminarveranstalterInnen zu finanzieren.⁴

Die Kehrseite dieser Entwicklungen ist, daß unabhängige Gruppen und Einrichtungen es schwer haben, für sie bezahlbare Unterkünfte oder Firmen zu finden. Die Kapitalisierung der Umweltbewegung benachteiligt unabhängige Gruppen.

Pfründesicherung und Gewinnorientierung

In den 90er Jahren kam der Wandel in den ökologischen Betrieben weitgehend zum Abschluß. Ökologische Betriebe, hinter denen noch eine politische Zielrichtung stand, gab es kaum noch. Ganz im Gegenteil: Das Linksbürgertum als zahlungskräftige Zielgruppe mied solche Betriebe, die auch im Rahmen direkter Aktionen aktiv waren. Wer heute einen Blick in Biobauläden, Druckereien, Bioläden, ökologische Möbelhandlungen und Ökogaststätten wirft, erfaßt sofort: Hier ist es teuer. Bioläden werden zu Bio-Boutiquen. Die für viele Ökobetriebe bis in die 80er Jahre typischen chaotischen Tische und Wände voller Flugblätter und Plakate verschwinden Stück für Stück. Teuer eingerichtete Ladenlokale oder Besprechungsräume sind "in". Um das Öko-Image loszuwerden, gehen Bioläden oder andere Betriebe auf Distanz zu umweltpolitischen Gruppen und zu solchen Organisationen, die Selbstorganisation zum Ziel haben. Ein Streit zwischen Food-Coops und Bioläden eskalierte Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre. Ziel war

nicht mehr die maximale Verbreitung von Bio-Nahrungsmitteln, sondern der maximale Kommerz. Die Bioläden verweigerten die Kooperation mit Food-Coops (früher war es durchaus üblich, daß Food-Coops bei Bio-Läden mitbestellen). Der Bundesverband des Naturwarenhandels (BNN) setzte die großen Anbieter im Biobereich unter Druck, keine Food-Coops mehr zu beliefern. Anfang der 90er Jahre entstanden aus diesem Streit einige GroßanbieterInnen, die gezielt Food-Coops belieferten. Während früher fast alle Food-Coops Teil der Umweltbewegung waren und Öffentlichkeitsarbeit machten, sind heute viele kommerzialisiert, d.h. sie dienen ausschließlich den ökonomischen Interessen der Mitglieder.

Ganz neu entwickelten sich Firmen im Solar- und Energieberatungsbereich. Staatliche Förderungen und hohe Geldreserven im linken BürgerInnenentum, die meisten dort sind selbst HausbesitzerInnen, pushten den Markt nach oben. Nur ganz vereinzelt gab es Initiativen, deren Ziel es war, den Preis für Solaranlagen zu drücken, um eine Massenverbreitung zu erreichen.⁵ Der Erfolg hielt sich aber in Grenzen. Die Herstellerfirmen und weiterverarbeitenden HandwerkerInnen hatten kein Interesse. Wenige Anlagen mit hohen Gewinnquoten sicherten hohe Einkünfte bei überschaubarem Arbeitsaufwand. Solaranlagen sind nach wie vor deutlich teuer als nötig und somit eher ein Statussymbol der linken und reichen BürgerInnen als ein tatsächlicher Massenartikel, der Chancen hat, in absehbarer Zeit auf vielen Dächern zu finden zu sein. Daß es dennoch beträchtliche Zuwachsraten gibt, liegt vor allem daran, daß das aus den StudentInnen-, Umwelt-/Anti-AKW- und Friedensbewegungen entstandene linke BürgerInnenentum eine breite und fast durchgängig reiche Schicht darstellt. Das finanzielle Potential scheint noch nicht ausgeschöpft, so daß weitere Produktinnovationen wie z.B. Solar- oder 3-Liter-Autos voll auf diese Gruppe abzielen und die Preise und Gewinnspannen dieser ökologisch beworbenen Produkte im Vergleich zu normalen Verbrauchsgütern meist sehr hoch angesetzt sind.

Ähnliches wie für die Solaranlagen gilt für biologische Baustoffe. Der Preisunterschied zu herkömmlichen Produkten (Farben, Glas-/Mineralwolle oder Polystyrol) ist riesig, doppelt bis mehrfach soviel muß in der Regel bezahlt werden. Dabei sind die Herstellungskosten oftmals sogar geringer, weil die Rohstoffe (Altpapier, Pflanzenfasern) nur mechanisch verarbeitet werden. Doch die nachfragende KäuferInnenschicht agiert wenig preisbewußt, sondern sieht ökologische Produkte als Statussymbol, Gewissensberuhigung (für den sonst sehr aufwendigen Lebensstil mit hoher Mobilität und technischem Luxus) oder Teil des modernen "Lifestyles" (bewußt Genießen ... aber ohne Einschränkungen).

Im Laufe der 90er Jahre änderten sich zudem Managementmethoden. Die "Öko-Yuppies"⁶ beeinflussten nicht nur die Umweltverbände (Verbandsmanagement in Sachen PR, Imagekampagnen und Geldbeschaffung statt politischem Druck), sondern prägten auch zunehmend die Öko-Betriebe bzw. gründeten neue. Es gibt etliche Fälle, in denen die ursprünglich kollektive Struktur der Betriebe aufgehoben wurde. Politisch motivierte Strukturen wie Kollektive oder gleicher Lohn für alle wurden aufgehoben.⁷ Zwei Gründe waren die Ursachen, in Einzelfällen traten sie

zusammen auf. Zum einen gibt es kaum noch Menschen, die Interesse an Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Regelmäßige Arbeitszeiten, gesicherte Lohneinnahmen jeden Monat und lieber Arbeit auf Befehl als selbst nachdenken sind angesagt. So scheitern Kollektive oft auch dann, wenn die FirmeninhaberInnen diese Struktur eigentlich wollen, es gar nicht mehr genügend Menschen gibt, die kollektiv arbeiten, d.h. mitentscheiden und sich das Risiko und die Geschäftsführungsarbeit teilen wollen. Zum zweiten gab es Kollektive, die gezielt zerstört wurden von Personen, die aus Eigeninteresse Hierarchien durchsetzen wollten.⁸ Wohin augenblicklich der Trend geht, ist an den Betriebsneugründungen zu sehen. Begriffe wie kollektive Strukturen oder Selbstbestimmung sind nützlich, um sie als PR-Mittel einzusetzen. Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß in der Realität überall Öko-Konzerne mit klaren Machtstrukturen entstehen. Der Grund ist vor allem wirtschaftlicher Natur: Einziges Ziel ist der maximale Gewinn. BetriebswirtschaftlerInnen drängen in den Öko-Bereich, Management ersetzt politisch gewollte Strukturen. Übrig bleiben auf Effizienz ausgerichtete Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen, deren Ziel das Geld ist: Wirtschaftsförderung vom Staat, maximale Gewinne aus der Arbeit selbst sowie, ganz modern, die Ausrichtung als Geldanlageobjekt für die reiche Schicht der linken BürgerInnen. Alles ist so ausgelegt, daß die am meisten von den Anlagen profitieren, die am reichsten sind (je höher der Steuersatz, desto höher die Rendite).⁹ Das alles geht nur, wenn keine Spur radikalpolitischer Orientierung mehr vorhanden ist, denn keine Regierung gibt Geld für kritische Geister, und keinE linkeR BürgerIn legt Geld an in politisch umstrittenen Projekten (und wenn doch, ist es schnell verloren, denn politisch umkämpfte Projekte sind meist wirtschaftlich erfolglos, weil ihnen die reichen KäuferInnen-schichten fehlen!).¹⁰

An spannenden Gegenprojekten "von unten" fehlt es nicht, sie sind aber selten oder wirken nur lokal. So hat ein Elektriker in einem kleinen Ort in Mittelhessen fast 200 Solaranlagen in direkter Nachbarschaftshilfe gebaut, er als Betrieb initiierte und unterstützte gegenseitige Hilfe und Eigenarbeit. Tauschringe und DirektvermarkterInnen suchen die lokalen und regionalen Kontakte. Überregional wird ihr Wirken kaum beachtet. Dort setzen die betriebswirtschaftlich geschulten StrategInnen aus Umweltprojekten, -verbänden und -betrieben andere Prioritäten.

Beispiele öko"kapitalistischer" Projekte

Wieweit solcher Öko-Kapitalismus geht, zeigte schon vor Jahren das Ökozentrum in Frankfurt (Kasseler Str. 1A), der mit vielen Millionen aufgebaut Protzbau der Umweltbewegung. Das Geld stammte aus einem Grundstücksverkauf an eine Bank, der Neubau beherbergt heute teure Büroräume, ein edles Tagungszentrum, ein konventionelles Schicki-Micki-Restaurant, Arztpraxen usw.¹¹ Das Restaurant rühmt sich selbst, nur wenige Bio-Angebote zu machen, so sei man auf dem richtigen Weg heraus aus der Öko-Ecke. Konventionelles Fleisch von Rind und Schwein gibt es stattdessen – aber teuer (passend zur reichen Zielgruppe). Alternative Gruppen und direkte Aktionen gibt es in der Kasseler Str. 1A nicht mehr.

Im Original: Auszüge aus der Werbung des Tagungshauses Ka Eins

S-Bahn-Anschluß zum Flughafen ... 5 Auto-Min. zur BAB-Abfahrt ... Helle Tagungsräume mit natürlichem Klima ... Zeitgemäße Medienausstattung und variantenreiche Tagungskost. ... Präsentieren Sie im Saal mit Empore. ... Genießen Sie die Standards oder die Gerichte der täglich wechselnden Karte des Café-Restaurants "ARCHE NOVA" im Haus, das für ihre Empfänge, Galas und Betriebsfeiern prachtvolle Menüs und Buffets – auch als kbA-Angebote – zubereitet.

Auszüge aus der Speisekarte des Restaurants "Arche Nova"¹²

Seezungenfilet in Weißweinkräutersauce ... 23,50 DM ... Flugentenbrust mit Orangensauce ... 24,80 DM ... Wiener Schnitzel ... 18,80 DM ... Filetsteak mit Balsamicosauce ... 29,80 DM ... Schweinemedailles mit Estragonsauce ... 20,50 DM.

1997 folgte dann der Versuch, den Frankfurter "Rekord" zu überbieten. Die Ökobank, die Deutsche Umwelthilfe (eine der korruptesten Umweltorganisationen, siehe Kap. 5.2.1) und der BUND legten einen Immobilienfond auf, um die Rommelmühle zu sanieren. Knapp 50 Mio. DM soll das Projekt kosten.

Im Original: Auszüge aus der Ökorespondenz, Nov. 97 (S. 8-9, 19)

Bei der symbolischen Grundsteinlegung Ende September wurde die Ökobank durch Oliver Förster vertreten, der in seinem Grußwort an die anwesenden VertreterInnen von Presse, Politik und vom Projekt vor allem "die besondere Verführungskraft des Objektes" hervorhob, das selbst das Herz eines eher sachorientierten Bankers schneller schlagen lasse. ... Wohnungen für ca. 100 Menschen ... Gesundheitszentrum ... auf 8.583qm entstehen das Öko-Kaufhaus, das Dienstleistungszentrum und die Restaurants. ... Areal am Stadtrand von Bispingen, an der Nahtstelle zwischen Natur und Bebauung. ... Zur Realisierung des Öko-Kaufhauses hat die Ökobank erstmalig einen geschlossenen Immobilienfonds aufgelegt. ... Sie sollten 30.000,- DM und mehr zur Verfügung haben und diese langfristig anlegen können. ... Ab einem persönlichen Steuersatz von 35% ist das Angebot auch aufgrund der steuerlichen Vorteile sehr interessant. ...

Ein Investment, daß sich für Sie und Ihre Umwelt lohnt!

Zu den "Großen" gehören einige Windenergieprojekte. Hier ist der Wandel von kleinen Anlagen zu großen Windparks besonders auffällig – mit Konsequenzen, denn immer häufiger beginnen sich BürgerInnen gegen Windenergieanlagen zu wehren, weil hoher Kapitalansatz Mitbestimmungsrechte außer Kraft setzt. Im Gegensatz zu kleinen Anlagen, die meist intensiv in den Orten der Nähe diskutiert werden und wo auch Chancen bestehen, viele BürgerInnen aus der Region als AnlegerInnen zu finden, werden für große Windparks meist bundesweite Fonds aufgelegt und die Anlagen ohne umfangreiche Einbindung der örtlichen Bevölkerung durchgesetzt. Hohes Kapital führt zur Einschränkung der Mitbestimmung – diese Regel gilt auch für den Öko-Bereich.

Im Original: Auszüge aus dem Werbeprospekt zum Beteiligungsfonds an der Windkraftanlage Utgast II (zur Zeit von Ökobank und anderen verbreitet)

Der Windpark Utgast – der derzeit größte deutsche Windpark. ... 32,5 Millionen DM ... 22 Windkraftanlagen ... Mindestbeteiligung ab 20.000 DM ... Rendite ca. 8%, je nach persönlichem Steuersatz. ... Windkraftanlagen gehören dabei zu den Investitionsgütern, denen in langfristiger Betrachtung überdurchschnittliche Kapitalrenditen prognostiziert werden. ... attraktives Beteiligungsangebot entwickelt. Es verbindet die Vorteile einer zukunftsorientierten Kapitalanlage mit den Merkmalen einer klassischen Unternehmensbeteiligung: Konservative Kalkulation, erprobte Technologie und ein Bauträgermodell mit abgesicherten Investitionskosten.

Ein typisches Beispiel für eine Vielzahl mittelgroßer Projekte, wie sie zur Zeit in vielen Städten verwirklicht werden, ist das Ökologische Zentrum in Verden, das mit 2,75 Mio. DM aufgebaut wird. Alle staatlichen Förderungen werden ausgenutzt, dafür nicht nur Abhängigkeiten in Kauf genommen, sondern auch offensichtliche Anbiederung betrieben (siehe Kap. 3.6). Für Geldanlagen werden gezielt Menschen aus dem linksbürgerlichen Bereich angesprochen. Ähnlich agierte das von der gleichen Gruppe initiierte und ebenfalls mehrere Millionen teure AllerWohnen als genossenschaftliches Wohnprojekt, für das vor allem Außenstehende als GeldanlegerInnen gewonnen wurden, so daß diese jetzt die Stimmenmehrheit haben. Intern regieren die mit starken Vollmachten ausgestatteten Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat (siehe Kap. 3.6).¹³

Unter dem Namen "AllaHopp – Gemeinschaftliches Wohnen" sollen in Bremen Wohnungen gebaut werden, die Basis bilden Geldanlage und Genossenschaftsanteilen mit ca. 3 Mio. DM Gesamtvolumen. AllaHopp und AllerWohnen werden von denen gemanagt, für die der Wohnraum auch entsteht.

Das Ökologische Zentrum und AllerWohnen sind aber noch Beispiel für etwas anderes: Sie sind Teil eines alternativen Lebensprojektes mit dem Titel VERbunt. Dieses entstand 1992 mit dem Ziel, Keimzelle einer neuen Gesellschaft zu sein (siehe Kap. 3.6). Gewandelt ist es zu einem hochstrategischen Konzern, der es versteht, maximale Gelder vom Staat und der reichen BürgerInnen zu ziehen, die gern ihr Restgewissen in Sachen Umweltschutz mit sogenannten ethischen Geldanlagen beruhigen, wenn dazu noch Renditen herauspringen. Viele Kommunen und Ökodörfer werden zu Geldanlagestellen in Konzernstruktur, der "Öko"kapitalismus" regiert längst das, was eigentlich "alternativ" sein wollte. Dieser Wandel vollzieht sich auch in vielen älteren, alternativen Lebensprojekten (siehe Kap. 3.8). Auch an der Landwirtschaft geht die Kapitalisierung nicht spurlos vorbei. Sowohl ökologische Betriebe als auch Vermarktungseinrichtungen werden immer größer, zentraler und mit mehr Kapitalaufwand errichtet. In Hessen baute Bioland die "Bio-Halle Alsfeld" als Großvertrieb für Schlachtprodukte aus den Ökohöfen. Der Organisator der Biohalle, ein klassischer Öko-Manager-Typ, bezeichnete auf einer Biolandveranstaltung dezentrale Vermarktungsstrukturen als sinnlos.¹⁴ Die Bio-Halle schuf eine starke Zentralisierung im Biofleischbereich.

Der deutlichste Beleg für die Orientierung ökologischer Betriebe an kapitalistischen Zielen (statt an den politischen Positionen Selbstbestimmung, Dezentralität, Umweltschutz, Menschenrechte oder Solidarität) bilden die ökologisch orientierten Banken. In ihnen gibt es einen klaren Trend, große Prestigeobjekte zu fördern. Sie stellen in ihren Veröffentlichungen immer wieder die Anlagesicherheit von Großprojekten dar. Ob bei Ökozentren, Windenergieanlagen oder anderem – gefördert wird vor allem, was groß und teuer ist. Daß solche Projekte fast immer von oben organisiert werden, daß sie Hierarchien fördern und zum Teil gegen den Widerstand von unten (z.B. bei großen Windparks) durchgesetzt werden, interessiert die Öko-KapitalistInnen gar nicht mehr. Noch gibt es bei den Banken auch Förderungen kleiner Projekte, in der Werbung aber stehen sie im Hintergrund.

Nur ganz wenige Betriebe schaffen es, auf geschickte Weise politische Handlungsfähigkeit und Marktorientierung miteinander zu verbinden. Sie nutzen verschiedene Namen für Betrieb und politische Aktionen, um beides ohne die negative Wirkung aufeinander abwickeln zu können, oder stellen weiterhin Räume und Know-How zur Verfügung (auch wenn sie selbst nicht mehr aktiv sind).

Die Geldquellen im Öko-„Kapitalismus“

Hinter dem „Öko-Kapitalismus“ stecken zwei wesentliche Geldquellen, die wenig mit alternativen Ideen zu tun haben. Zum einen staatlichen Förderungen, z.B. Eigenheimzulage, Wirtschaftsförderung, direkte Zuschüsse oder Förderungen für regenerative Energien, sozialen Wohnungsbau, ABM-Gelder und vieles mehr. Durch die Entpolitisierung vieler UmweltaktivistInnen der 70er und 80er Jahre, vor allem aber durch die „Öko-Yuppies“, die sich zur Zeit in Umweltverbänden und -projekten breitmachen, hat sich das Denken sehr stark verändert. Statt politischem oder ökologischem Sachverstand bringen Nachwuchsleute in Umweltorganisationen heute eher betriebswirtschaftliche Orientierungen ein. So gilt nicht mehr das, was politisch richtig ist, sondern das, was am meisten Geld bringt. Arbeitsinhalte und -strategien werden danach ausgerichtet, wofür es staatliche Fördergelder gibt. Das betrifft zum einen den Vorrang wirtschaftlicher Überlegungen vor politischen Zielen, zum anderen aber auch die inneren Strukturen. Entscheidungsstrukturen in Projekten, die Gleichberechtigung und Basisorientierung zum Ziel haben, sind oft nicht geeignet, öffentliche Förderungen in Anspruch zu nehmen. Daher dominieren immer mehr zentralistische Organisationsmodelle die (ex-)alternative Szene. Offene Netzwerke oder formlose Aktionsgruppen sind vorbei, moderne Öko-ManagerInnen verpassen den alternativen Ideen den Status von Genossenschaften, GmbHs oder ähnlichem. Neben direkten Förderungen kommen ABM-Stellen, Lohnkostenzuschüsse, FÖJ-Stellen, Arbeit-statt-Sozialhilfe-Maßnahmen und weitere direkte Staatsförderungen in Frage. Besonders widersprüchlich: ABM-Kräfte, Zivildienstleistende und bezahlte Baufirmen bauen selbstverwaltete Ökozentren auf – das bedeutet nichts anderes, als das mit staatlichen Mitteln über Lohnabhängige das als selbstverwaltet gepriesene Projekt verwirklicht wird. Selbstverwaltung und Ökologie verkommen zu lukrativen Mogelpackungen.

Eine zweite, deutlich an Bedeutung gewinnende Quelle sind Einzelpersonen. Die Öko-KapitalistInnen haben bei ihrer ständigen Suche nach Geld entdeckt, daß die UmweltschützerInnen der 70er und 80er Jahre heute überwiegend eine reiche, linksbürgerliche Schicht bilden, in der viel Geld vorhanden ist. Nicht nur aus der Vergangenheit heraus (politisches Engagement), sondern auch aus dem hohen Bildungsgrad ergibt sich die Neigung dieser Schicht, immer wieder nach Möglichkeiten zu suchen, mit Ablaßhandlungen das Gewissen zu beruhigen und so die Tatsache der politischen Untätigkeit, Anpassung und des hohen, ökologisch belastenden Lebensstandards zu verdrängen. Greenpeace und zunehmend auch andere Umweltverbände leben davon, daß Geldspenden zu dieser Form des Ablaßhandels gehören: Man schützt nicht mehr die Umwelt, man läßt schützen.¹⁵ In

genau diese Kerbe schlägt die Idee, Anlagefonds und -objekte zu schaffen. Mit teilweise unglaublichen Mindesthöhen (z.B. im Fall der Rommelmühle 30.000 DM, beim Windpark Utgast 20.000 DM und bei AllerWohnen immerhin noch 10.000 DM) können Menschen ihr Geld statt auf der Bank in solchen scheinbar ökologischen Projekten bunkern und erhalten trotzdem Zinsen. Das sind zwar teilweise geringer als bei den Großbanken, aber die Geldmenge ist ja nicht das Problem der linken BürgerInnen.¹⁶ Aufrufe zur Geldanlage in scheinbar ökologische Projekte haben zur Zeit Hochkonjunktur. Deutlich sichtbar ist, wie durchgreifend der Effekt des Ablaßhandels funktioniert: Die GeldanlegerInnen reagieren völlig euphorisch auf die ihnen angebotenen Projekte und prüfen diese in der Regel kaum. Dem so mit Millionen ausgestatteten Projekt hilft der Unterschied von privaten zu Bankkrediten allerdings nur in der Frage der Zinsen. Die Abhängigkeit bleibt. Das Projekt ist mit Geld (Kapital) aufgebaut und nicht aus der Kraft der das Projekt tragenden Menschen. Die sind beliebig austauschbare MieterInnen oder MitarbeiterInnen bzw. Angestellte geworden, die Ökonomie beherrscht das Geschehen.

Im Original: Auszüge aus dem "taz"-Artikel "Mehr Grün auf dem Markt", 27.12.1997 (S. 18)

... sollte es für möglichst jeden Typ eine attraktive Möglichkeit geben, mit seiner Kapitalanlage ökologischen Wirtschaftsweisen auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen: "Wir brauchen richtig dickes Geld".

Auszüge aus "Soziale Bewegungen im Umweltbereich" von Thomas Bacher u.a. (1990, FH München, S. 128)

These 5: Die Ökologiebewegung kapitalisiert sich zunehmend. Sie trennt dadurch diejenigen, die im Projekt ökologischer Modernisierung ihre berufliche, moralische und persönliche Stabilität gewinnen können von denjenigen, die nach einigen Jahren des ehrenamtlichen Engagements mit privatem Rückzug aufgrund von "burning-out" reagieren.

These 6: Sofern sich die Ökologiegruppen kapitalisieren, gehen sie Bündnisse ein, die der ursprünglichen Ökologiebewegung sehr fern waren.

Auszug aus "Rendite mit Abschlag", Ökowerkmagazin 11+12/1997 (S. 16)

Daß Ökologie und Ökonomie sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen und auch mit Ökofonds Gewinne zu erzielen sind, zeigt das letzte Jahr. Fast alle Ökofonds erzielten in den letzten zwölf Monaten zweistellige Renditen.

Betriebe und Politik

Ökologische Betriebe sind Teil der Umweltbewegung. Ihr Werbung kann Bewußtsein schaffen oder Scheinlösungen anbieten. Ihre Produkte können glaubwürdig oder Mogelpackungen sein. Ökobetriebe oder die MitarbeiterInnen können politische Gruppen unterstützen oder mißachten. Sie können sich sogar distanzieren, z.B. um ein bestimmtes Image zu behalten und so Umsätze zu sichern. All das hat Auswirkungen auf den Umweltschutz, auf das öffentliche Bewußtsein und das konkrete Verhalten.

In den Gründerjahren der Öko-Betriebe gab es fast immer direkte Beziehungen zu politischen Aktionsgruppen. Meist kamen diejenigen, die solche Betriebe gründeten, auch aus politischen Gruppen und waren zunächst weiter dort aktiv. Die Betriebe trugen oft den Protest mit, standen unter Aufrufen, stellten ihre Einrichtungen und Möglichkeiten zur Verfügung (Druckmaschinen, Werkzeug, Faxgeräte usw.) oder waren am Abend oder am Wochenende einfach Treffpunkt für Aktions-

vorbereitungen. Ein wichtiger Teil der Betriebsgründungen aus der aktiven Bewegung waren DienstleisterInnen, die ihre Fähigkeiten nach außen "verkauften" und nach innen, d.h. in der Umweltbewegung, oft unentgeltlich weitergaben. Einzelne tun das sogar bis heute. Beispiele sind einige Verlage, Druckereien und Institute wie das Öko-Institut,¹⁷ das Umweltinstitut, Katalyse oder die Gruppe Ökologie. Es gibt Betriebe, vor allem aber einzelne Personen in ihnen, die das alte Denken noch bis heute erhalten haben und sehr positiv auf umweltpolitische Aktionsgruppen reagieren, die um Hilfe fragen (z.B. mit Beratung oder Sachmitteln). Allerdings finden einige der Betriebe, die noch Kontakt mit Umweltgruppen suchen, kaum noch Partner: Die politisch aktive Szene von BIs oder unabhängigen Gruppen ist verschwunden, die verbandlichen Gruppen vor Ort haben kaum politische Ausrichtungen, sind nicht kooperationswillen und haben meist auch kein Interesse an ökologischen Betrieben,¹⁸ und die neugegründeten Aktionsgruppen, z.B. im Anti-AKW-Bereich, kennen die alten Betriebe entweder nicht oder haben keine Mittel, dort einzukaufen bzw. dorthin Aufträge zu vergeben. Allerdings ist erkennbar, daß erneut aus den wiederaufgeflamten Anti-Atom-Bewegung Betriebe gegründet werden, die engen Kontakt zu aktiven Gruppen halten.¹⁹

Trotz dieser Ausnahmen ist nicht zu übersehen, daß die meisten Betriebe politisch nicht mehr aktiv sind. Der Abbruch der Kontakte geschah über Etablierungsprozesse, Rückzug ins Private oder den Wandel in der Umweltbewegung, d.h. den Zerfall unabhängiger Aktionsgruppen und der Aufbau etablierter Umweltverbände und -einrichtungen. Resignation der alten "KämpferInnen" und eine zunehmende Dominanz derer, die vor allem den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes in den Vordergrund rückten, schufen Veränderungen. Öko-Betriebe sind heute meist Erfüller ökologisch orientierter Konsumwünsche unter linken BürgerInnen. Kleidung, Kosmetika, Möbel, biologische Baustoffe, Reiseangebote, Geldanlage und Versicherungen sind daher die Renner der Zeit. Dienstleister im Ökologiebereich selbst, deren AuftraggeberInnen vorher aktive Umweltgruppen waren (Druckereien, Institute), mußten sich umstellen und neue Zielgruppen erreichen (Firmen, Verwaltungen, Einzelhaushalte, etablierte Umweltverbände und grüne Parteigliederungen). Damit sind sie wirtschaftlich abhängig geworden von KundInnen, die auf eine politische Orientierung des Betriebes oft mit dem Entzug weiterer Aufträge reagieren. Wenn sie aber für Regierungen oder konventionelle Firmen und Organisationen arbeiten, zerbricht oft der Draht zu den letzten verbliebenen Aktionsgruppen.²⁰

Die Veränderungen in den ökologischen Betrieben entsprechen dem Zeitgeist. Damit sind ökologische Betriebe Opfer und Täter zugleich. Sie orientieren sich am "Markt", d.h. an der bestehenden Nachfrage, verstärken diese aber selbst durch ihr Angebot und ihre Werbung. Ökologische Betriebe sind nur selten Trendsetter, d.h. sie bestimmen gesellschaftliche Vorgänge nicht aus ihrer idealen Überzeugung, sondern agieren marktorientiert, d.h. als "Fahne im Wind" gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und dadurch entstehender Nachfrage.

Der beschriebene Ökokapitalismus zerbricht den bisher oft vorhandenen Zusam-

menhang zwischen ökologischen Produkten/Dienstleistungen auf der einen und Selbstverwaltung/Dezentralität auf der anderen Seite. "Öko" ist ein Vermarktungsbegriff, der sich mit konventionellen Betriebsstrukturen verbinden läßt.²¹ Daher werden zum einen kommerzielle Betriebe den Öko-Bereich erobern, zum anderen werden sich Öko-Betriebe kommerzialisieren. Da dabei auch grundsätzliche ideelle Schranken fallen und politische Ambitionen zurückgefahren werden, zudem rücken Staatsgelder in den Blickpunkt. Mit geschickten, rechtlichen Konstruktionen werden Förderquellen erschlossen, Risiken begrenzt und große Kredite möglich. Das alles verändert die Öko-Betriebe als Teil der Umweltbewegung:

- Der Drang nach Staatsgeldern führt bewußt oder unbewußt zu Verhaltensweisen, die die Chance von Förderungen erhöhen: Seriöse Kleidung und Auftreten, Ausdrucksform und Design sowie Verzicht auf radikale politische Arbeit.
- Kredite führen zu einem Zwang, über lange Zeit gewinnorientiert zu arbeiten. Subsistenz ist genauso wenig möglich wie die Förderung politischer Arbeit durch betriebliche Einnahmen. Zudem wird die freie Zeit immer stärker eingeengt, weil Mehrarbeit ein Weg zu mehr Geld ist.
- Politische Aktionsgruppen oder alternative Lebensprojekte, die statt dem langsamen Aufbau von unten und aus eigener Kraft auf betriebliche Risikostrategien wie Kredite und Zuschüsse setzen, werden jahrelang unter erheblichem Druck stehen, weil auch ihre sonstige Existenz vom betrieblichen Erfolg abhängt. Plena und andere Entscheidungsgremien werden gefüllt sein mit Debatten um wirtschaftliche Fragen, Gewinnsteigerung, Kreditrückzahlung sowie, wenn es zu wirtschaftlichen Problemen kommt, das Ringen um zusätzliche Einnahmen, staatliche Förderungen oder Werbung (die früher für politische Ideen gemacht wurde). Politische Fragen werden kaum noch Platz in den Gesprächen und Gedanken der Beteiligten haben.
- Unklar ist, welche Geldmengen insgesamt verfügbar sind. Durch die Anlagefonds werden erhebliche Geldmittel in große Projekte gebunden. Angesichts der Attraktivität von Öko-Geldanlagen ist nicht auszuschließen, daß binnen kurzer Zeit riesige Summen in Gebäude, Windparks und Betriebe investiert werden (Hunderte von Millionen oder gar Milliarden DM). Noch leben politische Aktionsgruppen und Umweltverbände auch von diesem Geld der linksbürgerlichen Kreisen, die sie als Spenden erhalten. Spürbar ist bereits, daß die Nachfrage z.B. nach Umweltschutzliteratur deutlich zurückgeht. Das könnte ein Signal sein, daß die verfügbaren Gelder nicht mehr direkt dem Umweltschutz (Aktionen, praktischer Umweltschutz im eigenen Umfeld) bereitgestellt werden, sondern in rentable Öko-Anlageprojekte fließen. Dann aber wären diese sogar schon durch ihre Existenz ein direkter Schaden für die Sache Umweltschutz, weil vielleicht nicht mehr spendet, wer schon Geld angelegt hat.²²
- Die Großprojekte werden in der Öffentlichkeit stehen. Das verschlechtert die Chancen für kleine Projekte. Millionenschwere Ökozentren oder Windanlagen dominieren die Presse und die Auslagen mit hochgestylten Flugblättern. Ihre VertreterInnen werden zu Seminaren und Tagungen geladen, während die klei-

nen Projekte an den Rand gedrängt werden. Es gibt keine Verbände oder Agenturen mehr, die es als Aufgabe sehen, gerade Veränderungen "von unten", dezentral und vielfältig zu fördern. Der Öko-Gigantismus stiehlt solchen Projekten die Schau, die viel eher geeignet wären, Keimzellen für eine neue Gesellschaft zu sein – weil sie unabhängig bleiben und oft weiterhin politisch aktiv sind.

Quellen zu 3.9

- 1 Abgesehen vom autonomen Teil der Umweltbewegung stammen heute fast alle Produkte der Öffentlichkeitsarbeit, seien es Zeitschriften, Flugblätter oder Broschüren, aus professionellen Verlagen, Geschäftsstellen oder PR-Agenturen.
- 2 Symbolisch dafür steht das graue Papier, das einen bewußten Gegensatz zum strahlend-weißen Konsumrausch darstellen sollte. Aber auch Ladeneinrichtungen sowie fehlende oder auf die "Ökos" gezielte Werbung paßten zum damaligen Stil.
- 3 Der hier verwendete Begriff des linken BürgerInneniums umfaßt die Schicht der Gesellschaft, die auf einem mittleren bis hohen Einkommensniveau liegt und ein komfortables Lebensumfeld (meist eigenes Haus, ein bis mehrere Autos und Urlaubsfahren pro Jahr usw.) hat, hochgebildet und dadurch und/oder durch das in der Vergangenheit liegende, eigene Engagement über die sozialen und Umweltprobleme informiert ist. Diese Personen halten Umfragen zufolge politische Veränderungen für nötig, wählen die Grünen oder die SPD und sind meist in einem Umwelt- oder sozialen Verband Mitglied bzw. arbeiten sporadisch mit. Tatsächlich schaffen sie mit ihrem konkreten Verhalten die Probleme mit, deren Lösung sie einfordern: Umweltzerstörung durch ihren Lebensstil, zudem sind viele DoppelverdienerInnen und fordern gleichzeitig die gerechtere Verteilung der Arbeitszeit. Zwischen Theorie und Praxis klaffen riesige Lücken. In anderen Veröffentlichungen ist für eine ähnlich umgrenzte Schicht auch der Begriff "Bildungsbürgertum" verwendet.
- 4 Viele staatliche Förderungen im Bildungsbereich werden nach der Anzahl von Personen berechnet, die an Seminaren teilnehmen. Wer daher Listen auffüllt mit zusätzlichen Namen, erhält mehr Geld.
- 5 Selbsthilfegemeinschaften in einigen Regionen, Projekt "Phönix" Anfang der 90er Jahre von Seiten des Bundes der EnergieverbraucherInnen sowie Greenpeace-Aktionen für Massenbestellungen Mitte der 90er Jahre.
- 6 Immer mehr ökologisch interessierte, jüngere Menschen wählten als Ausbildung Jura, Betriebswirtschaft oder Wirtschaftswissenschaft. Ihr Ziel waren vor allem Managementfähigkeiten. Sie bilden den Ausgangspunkt des Umbaus großer Teile der Umweltbewegung zu konzernähnlichen Strukturen und Strategien. Im Zuge der Veränderung stellen Betriebe und Verbände auch managementgeschultes Personal ein, das selbst keinen Bezug mehr zum Umweltschutz hatte.
- 7 Das bekannteste Beispiel ist die Berliner "Tageszeitung" (taz), tatsächlich ereilte das Schicksal aber sehr viele Betriebe.
- 8 Beispiel ist das ehemalige Kollektiv "blätterwald", damaliger Sitz Weilmünster, später Frankfurt.
- 9 Je höher die Anlage, desto höher die Zinsen. Je höher das Einkommen, desto höher die Steuerersparnis oder staatliche Förderungen. Öko-Anlagen begünstigen vor allem die Reichen. Die "Ökos" werden in der sogenannten Zwei-Drittel-Gesellschaft zum privilegierten Teil gehören.
- 10 Es gibt Projekte mit politischer Zielrichtung, die ihre finanzielle Grundausstattung über Geldeinlagen erworben haben, z.B. einige linke Zeitungen oder Verlage. Sie zehren aber inzwischen von diesem Geld, d.h. sie sind wirtschaftlich nicht solide, eine Einlage ist eher eine Spende als eine Rendite versprechende Anlage.
- 11 Quellen: **Selbstdarstellungen** und die Situation im Haus. Neben dem Eingang zum Restaurant hängt (vergrößert auf A3) ein Text aus der Frankfurter Rundschau, in dem ein Lob dafür ausgesprochen wird, daß nicht der Öko-Zeigefinger zu finden ist, sondern konventionelle Speisen. Im Haus sitzen unter anderen die Redaktion von Öko-Test, etliche Untergliederungen der Grünen und das Grün-alternative Jugendbündnis, ein Tagungshaus, Caro-Druck (dort entsteht z.B. die taz) usw.
- 12 Nur eine von über 20 Seiten enthält Gerichte aus biologischem Anbau, darunter nur drei vegetarische.
- 13 Überboten werden diese Strukturen noch vom extra für das Verdener Zentrum geschaffenen BUNDFonds Arbeit und Umwelt, in dem es gar keine Kontrolle, keine Haftung der GeschäftsführerInnen und eine direkte Bezahlung derjenigen gibt, die das Geld des Fonds erhalten, d.h. Geldannehmen wird bezahlt – ein lukrativer "Job" (bis 1,5% der Einlage geht pro Jahr an die Geschäftsführung, das sind ca. 100.000 DM in zehn Jahren).
- 14 Aussagen auf einem Regionaltreffen von Bioland Mittelhessen.
- 15 Siehe auch Text "**Ablauf von den Regenbogenkämpfern**" in: **FR, 24.10.1995.**
- 16 Inzwischen steigern sich die Öko-ManagerInnen aber und schaffen über neue Strategien, z.B. das Nutzen der Eigenheimzulage oder eine Kombination von Zuschüssen und Anlagen höhere Renditen.
- 17 Der Vorstand des Öko-Instituts hat gegen das Votum der meisten MitarbeiterInnen und ohne Befragung der eigenen Basis beschlossen, bis zum 31.12.1998 alle kostenlosen Dienstleistungen für Umweltgruppen einzustellen. Davon betroffen sind z.B. die Koordinations- und Beratungsstellen im Bereich Immissionsschutz, Gentechnik und Energiewende.

- 18 Die Verbandsspitzen hingegen interessieren sich mehr für finanzstarke Großkonzerne als Partner.
- 19 Beispiele sind der Anti-Atom-Verlag Tolstefanz im Wendland, Büchertische, selbstorganisierte Taschenkalender oder die anti atom aktuell.
- 20 Einen interessanten Beleg des Verhältnisses von Öko-Betrieben zu politisch aktiven Projekten bietet die Projektwerkstatt im Kreis Gießen (Saasen). Durch regionale Zeitungen, das Umweltmobil, die unabhängige Volkshochschule und viele Einzelprojekte prägt sie die Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit in der Region seit Jahren. Davon profitieren ökologische Betriebe. Dennoch bestehen sehr unterschiedliche Kontakte. Ausgrenzungen gibt es von Seiten der auf einen Imagewechsel bedachten Bioläden, die teilweise nicht einmal mehr Informationsmaterial auslegen oder die regionale Umweltzeitung verkaufen wollen, stattdessen aber im "lifestyle"-Bereich eine gute Auswahl anbieten. Gute Kontakte bestehen dagegen zu Einzelpersonen, die schon länger im ökologischen Bereich arbeiten (aus Solar-, Baubiologiefirmen, Druckereien usw.). Von ihnen erhält die Projektwerkstatt Unterstützung, so daß trotz fehlender GeldgeberInnen und Förderungen der Ausbau eines größeren Gebäudes möglich war. Eine Solarfirma der Region begründete die Spende eines Solarkollektor sogar damit, daß die Projektwerkstatt soviel für das allgemeine Umweltbewußtsein getan habe, daß die Spende eine sinnvolle Gegengeste sei. Obwohl es zum Teil Kooperation gibt und Personen oder Projekte aus der Projektwerkstatt anderen Gruppen geholfen haben (z.B. Berichterstattung in der Regionalzeitung, direkte Mitarbeit), distanzieren sich Einrichtungen wie der Eine-Welt-Laden, einige Jugendzentren oder andere von der Projektwerkstatt, nehmen die Hilfe aber an. Grund ist meist, daß bei ihnen die Kritik an rot-grüner Politik auf wenig Gegenliebe stößt, weil sie eng mit Parteien und staatlichen Stellen verfilzt sind.
- 21 In den 70er und 80er Jahren dagegen war "öko" fast gleichbedeutend mit links, kollektiv, selbstorganisiert und mehr – insgesamt ein umfassender Politikansatz. Auch die Öko-Betriebe sollten Baustein der Gesellschaftsveränderung sein.
- 22 Weil das Geld nur einmal ausgegeben werden kann oder weil die Geldanlage reicht, das Umweltgewissen zu beruhigen, und Spenden oft auch dazu dienen (siehe 15).